

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Manfred Opel MdB zu den Ergebnissen der Münchner "Konferenz für Sicherheitspolitik": Volker Rühle an der Seite der Hardliner.

Seite 1

Lissy Gröner MdEP zum Ergebnis der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes: Wir brauchen eine bildungspolitische Offensive

Seite 2

Max Brandl MdL zur Neuordnung der Postleitzahlen: Fünf Ziffern, die für Verwirrung sorgen.

Seite 3

Karl Diller MdB zur Wirkung des FKP auf ein altes Bundesland: Zum Beispiel Rheinland-Pfalz.

Seite 4

Dokumentation

Einige Pioniere der Friedensbewegung haben eine gemeinsame Erklärung zur Sicherheitspolitik erarbeitet: Kein pazifistischer Fundamentalismus, sondern Konsequenz der Erinnerung. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 26

8. Februar 1993

Volker Rühle an der Seite der Hardliner

Zu den Ergebnissen der Münchner "Konferenz für Sicherheitspolitik"

Von Manfred Opel MdB
Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Nichts will Verteidigungsminister Volker Rühle mehr gelingen. Noch am 15. Dezember 1992 ließ er mit großem Aufwand "seine" Bundeswehrplanung für das Jahr 2000 verkünden. Sie war auf Sand gebaut.

Die Münchner "Konferenz für Sicherheitspolitik" vom Wochenende hat es an den Tag gebracht: Volker Rühle ist mit seinen bisherigen Rezepten für die Bundeswehr vollständig gescheitert. Erst das Machtwort des Kanzlers könnte ihn auf den Pfad der sicherheitspolitischen Tugend zurückbringen.

Anstatt endlich der Bundeswehrplanung eine objektive Analyse zuzugrundelegen, verbündete sich Volker Rühle umgehend mit den Scharmachern. Manfred Wömer vergab die Zensur "zu drastisch und unangemessen" für Kohls Richtlinie, die Reduzierung der Bundeswehr nicht mehr als Tabu-Thema zu behandeln.

Das von Freunden umgebene Deutschland braucht keine Streitkräfte mit einem Verteidigungsumfang von fast einer Million Soldaten und einem Friedensumfang von 370.000 Soldaten mehr. Den Hardlinern Rühle und Wömer ist offensichtlich entgangen, daß selbst nach der Verwirklichung der KSZE-Abrüstungsvereinbarungen Ende 1995 im tiefsten Frieden in NATO-Europa noch über 2,8 Millionen Soldaten unter Waffen gehalten werden sollen. Gleichzeitig türmen sich die sozialen und ökonomischen Probleme zu erdrückenden Lasten.

Im Verbund der NATO benötigt man allenfalls die Hälfte dieser Zahl, um unter allen Umständen die Sicherheit jedes einzelnen Mitgliedslandes garantieren zu können. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien ist kein Gegenargument.

Das bedeutet, daß der Streitkräfteumfang der Bundeswehr ohne jede Einbuße an Sicherheit auf 200.000 Soldaten reduziert werden kann. Die Verteidigungsstärke der Bundeswehr betrüge dann immer noch etwa 500.000 Mann. Erst auf diese Weise können die notwendigen finanziellen Mittel freigesetzt werden, die erforderlich sind, um die deutschen Streitkräfte für ihre zukünftigen Aufgaben modern auszurüsten zu können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kredittüchtiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Fachleuten war es längst klar, daß die Bundeswehr mit ihrem riesigen logistischen Tross, der in die freie Wirtschaft verlagert werden muß, und vor allem mit der unter Volker Rühe auf etwa 22 Prozent abgesenkten Investitionsquote nicht mehr länger eine moderne Armee sein kann. Der am 13. Januar 1993 verfügte totale Beschaffungsstopp für Rüstungsvorhaben zeigt, daß der Verteidigungsminister noch nicht einmal sein Handwerk beherrscht: Seine "Planung für das Jahr 2000" hatte nur einen einzigen Monat Bestand. Die Bundeswehr benötigt als moderne Armee mindestens einen Investitionsanteil von 35 Prozent.

Das bedeutet im Klartext: Die Abrüstung muß weitergehen. Die Soldaten und Bürger der Bundesrepublik Deutschland müssen eindeutig wissen, wohin die Reise geht. Eine moderne Armee mit einer Friedensstärke von 200.000 Soldaten ist besser, als eine schlecht ausgerüstete und ausgebildete Streitmacht nach Rühes Vorstellungen mit einem Umfang von 370.000 Soldaten. Außerdem würde eine solche deutlich reduzierte Armee langfristig eine Einsparung von mehr als zehn Milliarden DM jährlich ermöglichen.

Es wäre falsch, jetzt erst einmal die Stoltenberg'sche Bundeswehr Struktur von 370.000 Soldaten umsetzen zu wollen, um dann weiter abzurüsten. Damit würden Milliarden für Investitionen und Standorte aufgewendet, die ohnehin aufgegeben werden müßten.

Die Lösung kann nur lauten, jetzt eine kleinere und moderne Armee mit einer Beschränkung auf rein militärische Aufgaben zu planen. Diese Planung muß dann sozialverträglich gestaltet und mit Konversions-Maßnahmen begleitet werden. Deshalb kann man zu Beginn der Abrüstung nicht mit deutlichen Einsparungen rechnen. Die verfügbaren Haushaltsmittel müssen eingesetzt werden, um den Soldaten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr neue Arbeitsplätze oder ein sozialverträgliches Ausscheiden anzubieten und um den Standortgemeinden, die durch die Reduzierung der Bundeswehr Nachteile erleiden könnten, einen Ausgleich anzubieten.

Die Münchner Konferenz hat damit wider Willen den Sozialdemokraten auf ganzer Linie recht gegeben: Die Abrüstung muß weiter vorangetrieben werden. Die Bundeswehr braucht endlich Zukunftssicherheit auf breiter politischer Basis.

(-/8. Februar 1993/rs/fr)

Wir brauchen eine bildungspolitische Offensive Zum Ergebnis der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Von Lissy Gröner MdEP

Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten und
Mitglied im Bundesvorstand Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen (ASF)

Bildung darf nicht zu einem Privileg werden, welches sich nur noch wenige leisten können. Es darf nicht weiter angehen, daß wie 1991 der Anteil von Studierenden aus niedrigen Einkommensgruppen an der Universität nur 15 Prozent beträgt, während die Kinder aus Selbständigen- und Beamtenhaushalten mit 57 Prozent vertreten sind.

Die Kürzungen der Bundesregierung bei den BAFOG-Leistungen haben bewirkt, daß bei vielen Studenten und Studentinnen der Zwang zum Gelderwerb besteht, der sich dann wieder in längeren Studienzeiten niederschlägt.

Fehlende Personalstellen an den Hochschulen verschärfen die Lage und lassen die Uni zum Pulverfaß degenerieren. Neben der besseren Ausstattung der Hochschulen sind auch die Bedingungen im sozialen Umfeld dringend zu verändern. Die Situation der Studierenden mit Kindern muß durch den Ausbau von Kindertagesstätten verbessert werden. Gerade Frauen sind nach einer Schwangerschaft oft in der Zwickmühle: entweder müssen sie eine teure private Kinderbetreuung finanzieren oder das Studium unterbrechen. Die Väter hingegen reduzieren nur selten ihr Studium.

Völlig unzureichend ist die studentische Wohnsituation. Für Studierende in Deutschland muß endlich genügend Wohnraum bereitgestellt werden! Die Plätze für europäische Austauschstudenten beziehungsweise -studentinnen soll die EG mit Zuschüssen mitfinanzieren!

Ich fordere die Bundesregierung auf, schnellstens eine neue Bildungsoffensive zu starten, um den Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes gerecht zu werden.

Ohne die Frauen läuft nichts. Die Chancengleichheit muß wieder oberste Priorität bekommen. Investitionen in die Menschen sind Zukunftsinvestitionen!

(-/8. Februar 1993/rs/fr)

Fünf Ziffern, die für Verwirrung sorgen
Zur Neuordnung der Postleitzahlen

Von Max Brandl MdL
Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag

Nachdem die Nummernfolge der neuen Postleitzahlen bekannt gegeben worden ist, haben viele Bürgerinnen und Bürger bei mir nachgefragt, ob dieser "Unsinn" tatsächlich umgesetzt wird. Da in der Tat Erschwernisse, Beeinträchtigungen und Verzögerungen für die meisten Postkunden zu erwarten sind, habe ich die bayerische Staatsregierung gefragt, ob über den neuen CSU-Postminister Wolfgang Bötsch Einfluß genommen wird, um dieses Bürokraten-Monsterstück zu stoppen.

Die fünf Ziffern sorgen für totale Verwirrung. St. Bürokratismus läßt grüßen. Dieser größte Flop des Jahrhunderts verdient eine Eintragung ins Guinness-Buch der Rekorde. Hunderte von Millionen Mark, die für dieses Abenteuer verschleudert werden, wären bei der Gestaltung der Einheit Deutschlands sinnvoller angelegt.

Ich erwarte einen entscheidenden Vorstoß gegen diese Nonsens-Zahlen. Dieser Schildbürgerstreich ist eine Zumutung für die Bürger. Der neue CSU-Postminister Bötsch könnte sich gleich bewähren, indem er mit einer bürgerfreundlichen Politik durch Vereinfachung ein verständliches und überschaubares Postleitzahlensystem erstellen läßt.

Sogar nach Berechnungen der Bundespost würden 50 Millionen Mark Mehrkosten entstehen, wenn nur ein Prozent der Sendungen falsch adressiert ist. Die Fehlerquote dürfte nach dem 1. Juli aber weitaus höher liegen. Denn dann droht wahrscheinlich gleich wieder eine Gebührenerhöhung.

Von dem ehemaligen CSU-Innenminister Höcherl gibt es den Spruch, daß der Bürger nicht dauernd mit dem Grundgesetz herumlaufen könne. Ebenso wenig ist dem Bürger zuzumuten, daß er permanent ein zwei Kilogramm schweres Postleitzahlenbuch mit sich herumschleppt.

(-/8. Februar 1993/rs/fr)

Zum Beispiel Rheinland-Pfalz
Zur Wirkung des FKP auf ein altes Bundesland

Von Karl Diller MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Das von CDU/CSU und FDP gebilligte "Föderale Konsolidierungsprogramm" (FKP) ist für die Bürger sozial extrem ungerecht, für das Land Rheinland-Pfalz und seine Gemeinden der finanzielle Knockout. Die SPD muß alles daran setzen, daß das FKP in dieser Form nicht Gesetz wird.

Das FKP wird die alten Länder strangulieren: Die geplanten Verschlechterungen im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, bei der Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, die Verlagerung der Zuständigkeit für den ÖPNV und den Personennahverkehr der Bahn auf die Länder ohne Kostenausgleich, die erstmalige Beteiligung der Länder an den Kosten der EG würde - nach Abzug der Entlastungen - die alten Länder netto mit rund 30 Milliarden DM belasten. Für Rheinland-Pfalz würden damit 1995 schlagartig jährlich 2.000 bis 3.000 Millionen DM in der Kasse fehlen. Damit wäre unser Land finanziell am Ende.

Auch die Gemeinden - besonders die finanzschwachen - stünden vor dem Kollaps. Die Empfehlung Waigels an die alten Länder, sich zum Ausgleich bei ihren Gemeinden neun Milliarden DM zu holen, ist zynisch. Allein aus den Verschlechterungen der Landeseinnahmen beim Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen errechneten sich Mindereinnahmen für die Gemeinden bei den Schlüsselzuweisungen und den anderen Landeszuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich von rund 300 Millionen DM jährlich. Die übrigen von CDU/CSU und FDP vorgeschlagenen Maßnahmen würden die Gemeinden in Rheinland-Pfalz mit weiteren 300 bis 500 Millionen jährlich belasten. Zu nennen sind hier unter anderem die geplante Streichung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und der Städtebauförderung.

So verantwortungslos die Bonner Koalition bei ihrer Zustimmung zum FKP gegenüber Ländern und Gemeinden war, so herzlos geht sie auch bei der Belastung der Bürger vor. Sie senkt auf der einen Seite die Vermögenssteuer um Milliarden DM und will zeitgleich mit dem FKP drei Viertel der Opfer den unteren Einkommensgruppen durch Kürzungen beim Erziehungsgeld, Wohngeld, bei Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, bei der Sozialhilfe, bei Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden, und anderes mehr abverlangen. Das beweist: Die Koalition ist eine Regierung der sozialen Kälte.

Schlimm ist auch, daß das FKP weder für den Aufbau im Osten noch für den Abbau der Staatsverschuldung eine Perspektive aufweist. Die Regierung Kohl steht vor einem finanzpolitischen Deaster und wird nicht um die Erkenntnis herumkommen, die seit 1990 von der SPD immer wieder vorgeschlagenen Maßnahmen - zum Beispiel weitere Kürzungen im Verteidigungsaushalt, Erhebung einer Arbeitsmarktabgabe, einer Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen - durchzuführen. Je länger sie zögert, um so schlimmer wird die Situation.

(-/8. Februar 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Kein pazifistischer Fundamentalismus, sondern Konsequenz der Erinnerung

Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Andreas Buro, Stefan Heym, Margarete Mitscherlich, Horst-Eberhard Richter, Friedrich Schorlemmer, Dorothee Sölla haben eine gemeinsame Erklärung zur Sicherheitspolitik abgegeben. Ihr Motiv: "Die Sorge über immer lauter geäußerte Forderungen, die militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland aufzugeben." Ihre Erklärung unter dem Titel "Richtige und falsche Thesen über internationale Aufgaben deutscher Sicherheitspolitik" hat folgenden Wortlaut:

Seit der Ost-West-Entspannung überzieht eine Welle von regionalen Kriegen die Welt. Kaum vereint, stehen wir Deutschen vor der Frage, welche Verantwortung wir künftig wahrzunehmen haben, um im Rahmen der internationalen Gemeinschaft den Frieden zu fördern. Derzeit bewegen uns Ohnmachtsgefühl, Entsetzen und Wut über die unfabbaren Kriegsgreuel mitten in Europa. Dennoch ist geboten, in Besonnenheit sorgfältig abzuwägen, wo nichtmilitärische oder militärische Mittel gegen ausgebrochene oder drohende kriegerische Gewalt tauglich oder untauglich erscheinen und welche Konsequenzen sich daraus für uns Deutsche ergeben.

These 1: Zur Beendigung der unerträglichen Greuel in Ex-Jugoslawien sollte sich die UNO zu einem militärischen Befreiungsschlag entschließen.

Falsch! Denn es ist eine Illusion, daß ein Angriff auf militärische Stellungen und Knotenpunkte oder gar Vergeltungsbombardements die Leiden der Menschen schnell beenden könnten. Vielmehr besteht die Gefahr, vor der auch Generalsekretär der UNO Boutros Ghali warnt, daß solche militärischen Interventionen den Krieg noch ausweiten und viele zusätzliche Opfer fordern würden.

These 2: Aber wir dürfen doch nicht tatenlos zusehen!

Richtig! Statt Waffen nach Bosnien zu liefern, wie jetzt von unserer Regierung erwogen, sollten wir unsere Grenzen öffnen, um den Insassen von Internierungs- und Gefangenenlagern sowie den Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Erweiterte humanitäre Hilfe und verstärkte Unterstützung von Antikriegsgruppen in der Region sind unerlässlich. Zur Ausstattung der UNO für ihre entscheidende Vermittlungsarbeit ist beizutragen. Sinnvoll ist auch der Vorschlag, die Kriegshetze über die Medien mit den verfügbaren technischen Mitteln soweit als möglich zu behindern. Viele weitere Schritte - man denke nur an eine sinnvolle Durchsetzung des Embargos - sind diesseits von Militärinterventionen möglich. Förderung verdient schließlich der Plan, in einem Weltgerichtshof die Hauptverantwortlichen für die Völkermord-Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

These 3: Wenn wir doch wenigstens deutsche Blauhelme nach Bosnien schicken würden, dann könnte die UN dort wirksamer arbeiten!

Falsch! Da deutsche Soldaten im 1. und 2. Weltkrieg unermessliches Leid über die Balkan-Völker gebracht haben, sind sich fast alle einig: Deutsche Soldaten haben dort weder als Blauhelme noch als Interventionstruppen etwas zu suchen. Der humanitären Hilfe der UN ist darüber hinaus nicht mit zusätzlichen deutschen Blauhelmen gedient. Ihr fehlt es vor allem an der notwendigen Finanzierung, um ihre Möglichkeiten auszuschöpfen. Mit den bisher ausstehenden Beiträgen und einer wünschenswerten zusätzlichen finanziellen Unterstützung könnte sie wesentlich mehr leisten.

These 4: Deutschland muß insgesamt mehr tun, um die ausufernde kriegerische Gewalt in der Welt einzudämmen.

Richtig! Als erstes müssen wir uns mehr anstrengen, um im eigenen Land Haß und Gewalt und konfliktschaffende soziale Ungerechtigkeiten abzubauen. Sodann müssen wir, vorab durch eigenes Beispiel, entschlossen gegen den kriegsfördernden internationalen Waffenhandel angehen. Mit deutscher Rüstungshilfe konnte Saddam Hussein weittragende Scud-Raketen gegen Israel abfeuern. Deutsche Firmen haben sein Atomprogramm gefördert und Libyens Gaddafi fast zu einer Chemiewaffen-Firma verholfen. In Dutzenden von politisch unsicheren Regionen droht der Ausbruch neuer Kriege mit Waffen aus Lieferländern, die dann in der UNO Sanktionen gegen ihre Abnehmer beschließen.

These 5: Der Golfkrieg ist ein Beispiel für Fälle, in denen sich Deutschland an internationalen Kampfeinsätzen beteiligen sollte.

Falsch! Der Golfkrieg hat unmittelbar und mittelbar Hunderttausende von Irakern, allein Massen von Kleinkindern durch den Zusammenbruch der Wasser- und der medizinischen Versorgung getötet. Der Krieg hat die Lage der Kurden dramatisch verschlimmert, für Israel den Frieden nicht näher gebracht und das Regime Saddam Husseins, des erklärten eigentlichen Kriegsfeindes, eher gefestigt.

These 6: Grundsätzlich sollte indessen die verfassungsmäßige Möglichkeit für die deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen im Rahmen der UNO, der EG oder der WEU geschaffen werden.

Falsch! Wir leben in einer Zeit fundamentaler Weichenstellung. Das Drängen nach deutscher Beteiligung an Kriegsaktionen (die irreführend als "Frieden schaffend" oder gar als "Nothilfe" umgetauft werden) verrät den Wunsch, unsere erweiterte internationale Verantwortung vorrangig militärisch zu definieren, anstatt die gewaltigen internationalen Aufgaben der Überwindung der Armut, des Umweltschutzes und der nichtmilitärischen Krisenbewältigung voranzustellen.

Die deutschen Soldaten sind belehrt, das eigene Land oder dasjenige eines NATO-Partners gegen Angriffe zu verteidigen. Sollen sie sich aber am Krieg in Kambodscha, Afghanistan, Krygystan, Abchasien, Bergkarabach, Sri Lanka, Angola, Mocambique oder Birma beteiligen, wo überall katastrophale Bedingungen wie in Somalia teils heute schon vorliegen, teils morgen vorliegen können?

Vernünftige militärische Zurückhaltung bedeutet für uns weder eine Buß- oder Reueposition noch pazifistischen Fundamentalismus, erst recht nicht Drückebergerei, sondern die schlichte logische Konsequenz aus unserer Erinnerung und aus der Einsicht, daß nicht eines der großen Überlebensprobleme, die von der Weltgemeinschaft den konzentrierten Einsatz aller Energien fordern, militärisch gelöst werden kann.

(-/8. Februar 1993/rs/tr)
